



Tagesspiegel-Karte. Nachdruck verboten

ist, sind aufgerissen: man legt die Wasserleitung. Asunción ist heute tatsächlich die einzige Hauptstadt der Welt, die keine Wasserleitung hat.

Paraguay hat etwa die Größe Vorkriegs-Deutschlands, aber nur 1,4 Millionen Einwohner, die vornehmlich Mischlinge indianischer und spanischer Abstammung sind. Im Innern des Landes leben schätzungsweise noch 15 000 wilde Indianer. Der Prozentsatz der Ausländer ist unbedeutend. Im 19. Jahrhundert, unter der Diktatur von Carlos Antonio Lopez (1841—1862), war Paraguay das blühendste und wirtschaftlich entwickeltste Land Südamerikas; hier fuhr die erste Eisenbahn und funktionierte der erste Telegraph dieses Kontinents. Es hatte eine eigene Handelsflotte, und die Staatskasse war immer gefüllt. Dem Sohn dieses Präsidenten, dem Diktator Francisco Solano Lopez, stieg der Wohlstand zu Kopf, und er führte den unseligen Krieg 1865—1870 gegen die Triple-Allianz von Argentinien, Brasilien und Uruguay. Von damals fast 1,5 Millionen Einwohnern Paraguays blieben nur noch 270 000 übrig, das ganze Land war vollkommen verwüstet. Bis heute konnte es sich noch nicht ganz von dieser Niederlage erholen. Die folgenden Jahrzehnte brachten die Entwicklung wie in anderen südamerikanischen Ländern: Revolution, Putsche, in den dreißiger Jahren den Chaco-Krieg mit Bolivien — und immer wieder Revolutionen. Heute ist Paraguay eines der ärmsten und primitivsten Länder Lateinamerikas. Die andauernde Inflation ließ die Preise in den letzten sechs Jahren um das 119fache steigen. Abgesehen von einigen Lebensmitteln kostet fast alles etwa doppelt so viel wie in Deutschland, die Löhne und Gehälter dagegen sind wesentlich niedriger.

### Paraguays starker Mann

Seit 1952 regiert General Alfred Stroessner, Sohn eingewanderner süddeutscher Landwirte. Er ist der starke Mann, der seine Partei, die Republikaner, die man „colorados“ (die Roten) nennt, an der Macht hält. Paraguay ist somit die letzte Militärdiktatur Südamerikas. Diese Diktatur ist allerdings keineswegs mit der kürzlich in Kolumbien und Venezuela gestürzten oder mit der eines Peróns zu vergleichen. Doch gibt es keinerlei Pressefreiheit. Man spricht davon, daß 400 000 Paraguayer außerhalb des Landes leben, doch sie sind nicht alle politische

gedacht, als sie in das Verwaltungsgerichtsgesetz den Passus aufnahmen: Die Vornahme eines Verwaltungsaktes, auf den der Bürger einen Rechtsanspruch habe, könne nur gefordert werden, wenn die Behörde seinen Antrag „ohne zureichenden Grund innerhalb von zwei Monaten nicht beschieden habe“. Das Motiv des Parlaments ist klar: Die Abgeordneten kannten ihre Pappenheimer und schufen deshalb die treffliche Einrichtung der Untätigkeitsklage. Spötter witzeln jedoch, die Abgeordneten hätten wohl das menschliche Trägheitsmoment aus eigener Erfahrung gekannt. Sie verweisen dann in diesem Zusammenhang auf die vakanten höchsten Richterposten in Berlin, die das Parlament seit vielen Monaten neu besetzt haben müßte. Nach dem „Gesetz über die Wahl der Präsidenten der oberen Landesgerichte und der Generalstaatsanwälte“ muß der Senat dem Parlament für jeden Posten einen Vorschlag unterbreiten, „der einen oder mehrere Namen enthalten kann“. Das Abgeordnetenhaus wählt mit einfacher Mehrheit der Mitglieder in geheimer Abstimmung.

Für den Zeitpunkt, an dem solche Wahlen erfolgen müssen, hat sich das Abgeordnetenhaus sogar selbst Fristen gesetzt. Der Abgeordnete Ohning erklärte im Sommer des vergangenen Jahres als Berichterstatter des Justizausschusses, dessen Vorsitzender er ist: Der Ausschub habe den Senat einstimmig gebeten, seine Vorlagen über die erforderlich werdenden Richter-Neuwahlen dem Parlament so rechtzeitig zuzuleiten, „daß die Wahl mindestens ein Vierteljahr vor Freiwerden der in Frage kommenden Position“ vorgenommen werden könne. Es solle kein Vakuum eintreten. Skeptiker unkten allerdings schon damals: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Sie sollten Recht behalten.

Der Nachfolger des am 31. September 1957 ausgeschiedenen Landessozialgerichtspräsidenten ist weder, wie geplant, ein Vierteljahr vor dem Termin noch bisher überhaupt gewählt worden. Der Posten ist vielmehr seit nun fast sieben Monaten vakant. Was eine derartige Unsicherheit für einen großen Gerichtsbetrieb bedeutet, weiß der Fachmann und ahnt vielleicht auch der Laie. Der Posten des Oberverwaltungsgerichtspräsidenten wurde natürlich auch nicht drei Monate vor der Vakanz am 1. Januar 1958 besetzt; dort amtiert vielmehr ebenfalls seit dreieinhalb Monaten der Vizepräsident. Die Posten des Kammergerichtspräsidenten und des Rechnungshofpräsidenten schließlich werden am 30. Juni vakant. Auch hier wur-

## Warum Gemei

In diesen Tagen gehen die  
— oder genauer gesagt:  
kann ohne Übertreibung  
bewohner von den  
Wahlen der Gemei  
rend eine x-beliebig  
weilen zu ein  
englische Gemei  
keit zu er  
punkt  
der l  
all